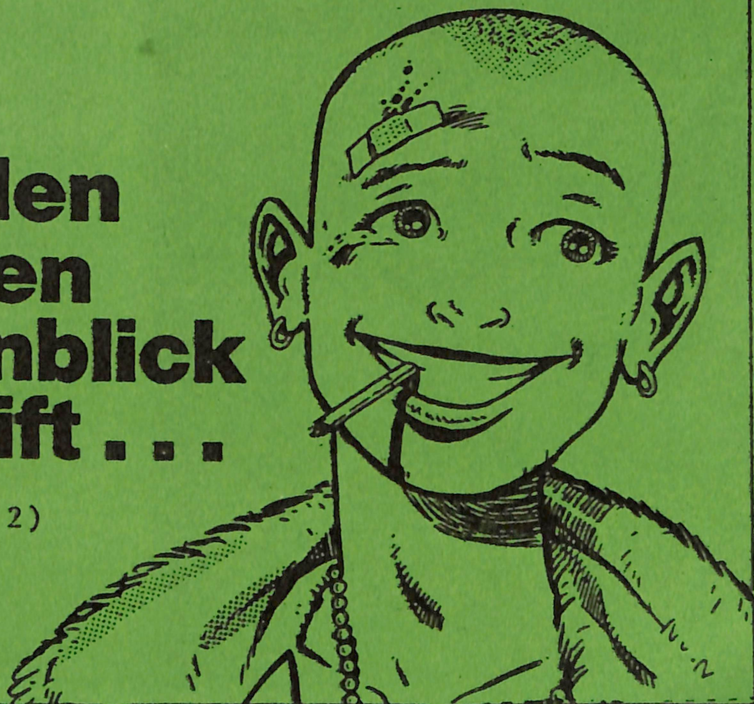
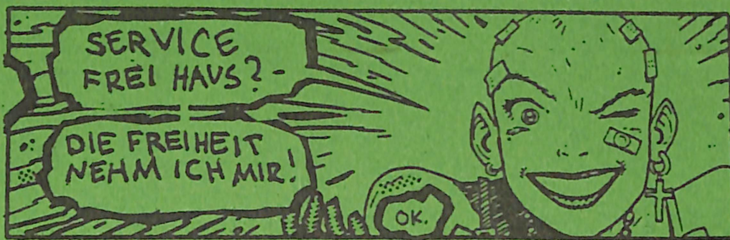
ANTIFA JUGENDINFO

Leipzig 2/94 Nr.13 April/Mai 0,50 DM



Wer den rechten Augenblick ergreift . . .

(siehe Seite 2)



Am Rande so einer ernsten Angelegenheit wie der Buchmesse gibt es auch Merkwürdiges. Ratlos meldete beispielsweise die „Junge Freiheit GmbH Potsdam" - nach eigener Aussage ein sehr konservativer Verlag - seltsam unverhofften Zulauf. Vor allem Pizzadienste, Handwerker und Boten gaben sich am Messestand quasi die Klinke in die Hand. Sogar ein kaltes Buffet für 300 Mark wurde antransportiert. Alle diese guten Gaben wurden aber zurückgewiesen und nicht bezahlt – weil nicht bestellt. Die genervten Mitarbeiter mutmaßten: „Wollten hier 'linke Autonome' für etwas Beschäftigung sorgen?"

HALLO LEUTE !

Wieder einmal haben wir's nicht ohne den üblichen Nervenstreß und Improvisation in letzter Minute geschafft, sind dafür aber einigermaßen zufrieden...
Neben der Fortsetzung des Artikels über Religion und Rassismus haben wir diesmal einen weiteren "Fremdbeitrag" über die geplante Novellierung des sächsischen Polizeigesetzes. Der Bericht über den 8.März in und um Leipzig ist von einer Frauengruppe aus Leipzig geschrieben worden.
Wie schon das letzte mal gesagt: Artikel die von uns als "Fremd"beiträge gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der ganzen Redaktion wieder!
Zur Lesung von Lilli Segal im Werk 2 wird es eine Sondernummer geben; sie ist eine der letzten Auschwitzüberlebenden.
Ach ja, eventuelle Tippfehler im Heft sind, so soll ich's schreiben, auf bestimmte Zeit-und Intervallöcher in der Festplatte des Konjuters zurückzuführen.

Schönen Frühlingsanfang
wünscht Euch Eure AJF!

Inhaltsverzeichnis

V.i.S.d.P.: Frank Stefan
Adresse:
Antifa-Jugendfront
B.-Göring-Str.152
Leipzig 04277

Das Antifa-Jugendinfo wird herausgegeben von der Antifa-Jugendfront.

AJI ab 1994 im SABO*!

Das Jugendinfo erscheint seit diesem Jahr regelmäßig aller zwei Monate. Im SABO enthalten sind alle sechs Ausgaben sowie die möglichen Sondernummern, Flugis, Aufkleber, Plakate etc.- kurz, eben ALLES was wir herausgeben. Der Preis fürs SABO ist so kalkuliert, daß wir damit Mehrkosten für zusätzliche Portos bezahlen können. Um dabei zu sein, müßt Ihr uns das Geld in (möglichst großen) Scheinen in einem Briefumschlag an die wohlbekannte Adresse schicken: Antifa-Jugendfront, Bernhard Göring Straße 152, Leipzig 04277.

Und das alles für nur 15 Mark!

*Spezial-Abonnement



von Rechts in LEIPZIG

Leipziger Faschobands bei Skull-Records

Die Leipziger Faschoband "OISTAR PROPER" hat im November 1993 bei Skull-Records eine CD mit dem Titel "Mach dein Ding" herausgebracht. Oistar Proper spielte u.a. im Februar 93 in Groß-zschocher und am 4.September 93 in einer Gartensparte im Möckernschen Weg. Eine gute Zusammenarbeit gibt es mit "OITHANASIE" aus Gera. Nach mehreren gemeinsamen Konzerten haben diese beiden Bands außerdem noch eine gemeinsame Single produziert, ebenfalls bei Skull-Records. Daß gegen Skull-Records noch ein Verfahren im Zusammenhang mit der Verurteilung von "KROIZFOIER" läuft, stand ja schon im AJI 1/94.

Um die Sammlung von Leipziger Fascho-bands bei Skull-Records vollständig zu machen, brachten auch die "TOITONEN" ihre CD "Walllhalla ruft" heraus. In Zukunft kann sich diese Band über umfangreiche Spendengelder von Herbert Grönemeyer freuen, sie probt nämlich in der Völker-freundschaft. Damit sich "Rechte" und "Linke" noch näher (!) kommen (Herbert Grönemeyer im Radio) dürfen die Toitonen weiter dazu aufrufen, die Ausländer ins Gas zu schicken. Ins Filmgeschäft sind die Toitonen mit "Glaube, Liebe, Hoffnung" auch schon eingestiegen.

Wir wissen zwar nicht wie intensiv sich Grönemeyer mit der "Völle" beschäftigt hat, aber Fakt ist: das sind nicht nur arme Jugendliche, die vielleicht ein "bißchen" rechts sind.

Bei den "Toitonen" spielen: ANDRE EISENHUT (Stali) am Schlagzeug, ALEXANDER MATIJASCHTSCHUK (Matze) Gitarre, SVEN DRESCHER Baß, DANIEL WALTHER (Waldi) singt und ANDRE ROTHER Gitarre. Das die vier erstgenannten auch wegen verschiedener Straftaten z.Z. vor Gericht stehen, siehe

Skull Records
November 1993

Oistar Proper



Kroizfoier



Bericht, ist wohl kein Zufall. Die Toitonen Spielten auch schon zu einem Ian Stuart Gedenkkonzert in Zwickau im Dezember 93.
Matijaschtschuk und Drescher waren u.a. auch in der "Völkischen Front" aktiv, Drescher war bei der FAP.

Prozeß gegen drei Leipziger Faschisten zu Ende gegangen

Der am 14.Februar eröffnete Prozeß gegen drei Leipziger Faschisten wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung und Raub ist am 23.Februar zu Ende gegangen. Die drei hatten im Mai vergangenen Jahres, nachdem sie in der Schkeuditzer "Sonne" deutschnationalem Umtrunk frönten, zwei junge Männer am Hauptbahnhof zusammengeschlagen, eine Jacke geklaut sowie den Versuch unternommen, dem einen der beiden die Haare anzuzünden. Nachdem keinem der drei der Raub der Jacke persönlich nachgewiesen werden konnte, wurde die Anklage in diesem Punkt fallengelassen. Angeklagt waren die Faschos: Herzog, Maik Fischer und Mike Herrmann. Alle Faschos wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Als Zuschauer waren u.a. Daniel Aster und der kleine Schmidt-Bruder Reiner.
Nachdem es am 14.2. einige Rangelei mit einem Fascho-Zuschauer gab, hatten die Faschisten für den 23.2. "Rache" angekündigt. Der ZuschauerInnenwettbewerb konnte aber von den antifaschistisch orientierten Leipziger Jugendlichen klar gewonnen werden, die Faschos liefen mit nur 9 Leuten auf (davon drei Angeklagte), wogegen die restlichen 30-40 Leute eher von bunter Natur waren. Vier verspätet eintreffende Faschisten wurden noch vor dem Betreten des Gerichtes wieder nach Hause geschickt.
(ganz viel aus KlaroFix abgeschrieben)

Die "Deutsche Volkspartei"

Die "Deutsche Volkspartei" hat in der Leipziger Innenstadt Flugblätter geklebt. Damit sie scheinbar ziemlich lange kleben sollten, haben sich der/die Kleber viel Mühe gemacht: jedes Flugblatt wurde extra in eine Klarsichtfolie gepackt und mit Klebeband ...zig mal um Laternenpfäle gewickelt. Hielt aber trotzdem nicht lange!
Flugblätter der DVP tauchten auch schon im Februar 91 in Leipzig auf.
Die DVP wurde im September 1990 in Arnstadt gegründet. Chef wurde damals THOMAS KREISSLER. Dieser wurde vorher im Westen intensiv geschult und hatte enge Kontakte zu MEINOLF SCHÖNBORN, Generalsekretär der inzwischen verbotenen "Nationalistischen Front" (NF). Schönborn genoß des öfteren Kreisslers Gastfreundschaft in Arnstadt. Die Gründung der DVP erfolgte laut Kreissler, "um der obligatorischen verfassungsschützenden Bespitzelung der NF zu entkommen". (s.Drahtzieher im braunen Netz)
Im Flugi vom 91 stand:"Sie (die DVP) erhält Unterstützung durch die im wesentlichen programmkonforme FREIHEITLICHE VOLKSPARTEI aus den Altbundesländern, mit der in absehbarer Zeit ein Zusammenschluß erfolgt." Die Freiheitliche Volkspartei ist eine Rep-Abspaltung. Von dort kommt z.B. auch der Chefredakteur der "Jungen Freiheit" DIETER STEIN.
Die Forderungen der DVP gehen zum großen Teil in wirtschaftlicher Richtung und es sollen auch ausdrücklich ostdeutsche Unternehmer angesprochen werden. Verbunden natürlich mit Nationalismus und Rassismus. So wird z.B. die "Ausweisung aller Scheinasylanten " gefordert, genau so wie ein "Numerus clausus für ausländische Unternehmen" und "mehr deutschbewußte Politik statt EU-Kult". Die Kontaktadresse der DVP, Landesverband Sachsen ist EGON MENGE, Hans-Poeche-Str.16, 04103 Leipzig
Geworben wird für die DVP auch im rechtsextremen Infodienst "DESG-Inform".

Parteistrafe für rechte Jusos

Die Bundesschiedskommision der SPD hat in dritter Instanz über das Parteiordnungsverfahren gegen SASCHA JUNG und

HARALD HEINZE entschieden. Die zwei Fascho-Jusos dürfen für ein Jahr keine Parteifunktionen mehr übernehmen. Die Klage hatte der Ortsverein Lindenau/ Leutzsch eingereicht.
In der Erlangener Neonazi-Mailbox "Widerstand" wird für die Erstausgabe eines "Politischen Rundbriefes" geworben. Hervorgehoben wird, daß die Ausgabe "durch das hohe intellektuelle Niveau" besticht "ohne dabei in unverständliche Sphären abzuheben.". Die überaus positive Rezension schließt mit dem Satz: "Es lohnt sich wirklich."
Geworben wird auf diese Weise für den "Politischen Rundbrief" des in Leipzig beheimateten "Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten Deutschlands", der ab sofort vierteljährlich erscheinen soll. In dem, 23 Seiten umfassenden Blättchen wird u.a. für eine "konstruktiv nationale Politik durch die SPD plädiert, gegen "Inländerfeindlichkeit" gewettert und die Erziehung zu einem deutschen "Patriotismus" eingeklagt. Als Kontaktadresse dient die Privatadresse von Harald Heinze.

Österreichischer Neonazi in Leipzig untergetaucht

Mitte Februar gab es einigen Wirbel in der lokalen Presse, als durch einen Artikel im Wiener Kurier vom 16.2.94 bekannt wurde, daß der österreichische Neonazi HANS-JÖRG SCHIMANEK (geb.1.10.63) in Leipzig untergetaucht ist. Schimanek wurde vor etwa einem Jahr in Österreich aus der U-Haft entlassen, mit der Auflage sich nicht politisch zu betätigen. Er leitet in Leipzig nun eine Abbruchfirma, die eng mit der "Baubetreuung Mitteldeutschland GmbH" verbunden ist. Geschäftsführer der BBM ist REINHARD RADE (30 Jahre), der am 7.August 1992 in Leipzig die Firma mit 50000 Mark protokollierte. Rade und Schimanek kennen sich seit etwa 15 Jahren, auf jeden Fall aber auch durch gemeinsame Söldnerdienste in Surinam, Französisch-Guyana (1990) und in Kroatien (1992).
Zur Person Reinhard Rade: er ist schon



BAUBETREUUNG IN MITTELDEUTSCHLAND GMBH

REINHARD RADE
GESCHÄFTSFÜHRER

MARKRANSTÄDTER STRASSE 14, 04229 LEIPZIG
TELEFON 0341 / 477 25 51, TELEFAX 0341 / 477 25 54
FUNKTELEFON: 0161 / 2 83 34 16, 0172 / 3 40 41 10

lange in der Neonaziszene der BRD aktiv. Er war 1989/90 bei den Republikanern in München und wurde nach der Maueröffnung von Schönhuber als offizieller DDR-Beauftragter u.a. zu den Montagsdemos nach Leipzig geschickt. Weil er mit der Zeit den Reps zu extrem war, wurde er später gefeuert. Rade war zusammen mit Ewald Althans Organisator eines geplatzten Revisionistenkongreß am 23.März 1991 in München. Dies dokumentiert seine Kontakte und Mitarbeit bei der GdNF. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der BBM ist er Besitzer des Grundstückes Virchowstr. 27 in Leipzig-Gohlis, welches durch die BBM saniert, vermakelt und verwaltet wird.



HANS JÖRG SCHIMANEK.

Hans-Jörg Schimanek war in Österreich Berufssoldat, in Küssels VAPO ist er "Gaubeauftragter". Neben seiner Söldnertätigkeit war er u.a. als Ausbilder für ein Wehrsportlager in Langenlois Ende Mai 1990 aktiv. Schimanek ist der letzte aus der VAPO-Spitze, der noch frei herum läuft. Fast alle anderen sind wegen der Briefbombenaffaire in U-Haft, auch er soll deshalb kurzzeitig im Knast gewesen sein.

Schwerer Zwischenfall zu Silvester

Zu einem schweren Zwischenfall kam es in der Silvesternacht in der Menkestraße in Gohlis. Gegen 00.30 Uhr fuhren zwei angetrunkene 16jährige mit einem gestohlenen blauen Ford Eskord durch die Straße, randalierten anschließend und schmissen Mülltonnen um. Zwei Jugendliche von einer in derselben Straße stattfindenden Party kamaen, befragten die Zwei nach dem Sinn ihrer Aktion. Dabei kam es zu einer kleinen Rangelei mit der Folge, daß die 16jährigen mit der Drohung abfuhren, in einer Stunde mit 20 Mann vor der Türe zu stehen. Gegen 1.10 Uhr halten fünf Autos vor dem Haus in dem die Party stattfindet. Es steigen ca.12-15 Faschos aus, die mit Baseballschlägern und Kanthölzern bewaffnet sind. Sie stürmen sofort das Haus und die Wohnung. Ein Teil der Partygäste flüchtet auf das Dach, einer schafft es, sich auf dem Hinterhof zu verstecken. Es werden zwei Jugendliche verletzt, die Wohnung wurde verwüstet. Als ein Fetenbesucher gerade eintrifft, wird er auf der Straße von 5-6 Faschos angegriffen. Er wehrte sich gegen diese und verletzt einen durch einen Messerstich.
Daraufhin wurde sofort die Polizei gerufen, die auch sofort eintrifft. Die Faschos hatten sich zurückgezogen, kommen aber wenig später wieder. Die Polizei fordert Verstärkung an, die in Form von drei Wannen mit ca. 20 Behelmten und sich sehr passiv verhalten. Sie halten sich auch zurück, als die Faschos erneut versuchen das Haus zu stürmen. Dank von immerhin 2 Polizisten und mehreren Besuchern der Fete gelingt dies nicht. Es kommen 3 Polizisten (keine Behelmte) noch dazu und sage und schreibe fünf von fünfundzwanzig Polizisten beschützen das Haus. Es werden von Faschoseite auch mehrere Morddrohungen abgelassen. Gegen 2.00Uhr ziehen die Faschos ab. Der verletzte Fascho hat einen Strafantrag gestellt wegen "gefährlicher Körperverletzung". Auf Anfrage an die Pressestelle der Polizei, warum dieser Vorfall nicht an die Öffentlichkeit gegeben wurde, wurde damit begründet, daß das laufende Ermittlungsverfahren nicht beeinträchtigt werden sollte. Wir dürfen gespannt sein, wieviel laufende Ermittlungsverfahren, die nicht beeinträchtigt werden dürfen, noch an die Oberfläche kommen. Oder hier wird mal wieder versucht, solche Übergriffe zu vertuschen (siehe Straßenbahn).
P.S. Durch Bedrohung (Observierung der Wohnung, Nachfrage auf Arbeit durch Faschos) ist der Jugendliche, der den Fascho verletzt hat, unbekannt verzogen.

Vertriebenen-Bund hat neuen Vorstand

Der Leipziger Bund der Vertriebenen (BdV) hat einen neuen Vorstand gewählt, der in den kommenden zwei Jahren tätig sein wird. Die meisten der neuen Vorstandsmitglieder hielten die Geschicke des Kreisverbandes von Leipzig Stadt und Land bereits seit seiner Gründung im Januar 1991 in den Händen. Zum Vorsitzenden wurde MAX DUSCHA gewählt. Seine 1.Stellvertreterin ist CHRISTA RÜHLE, die Gründerin des BdV-Kreisverbandes Leipzig.

Überfall auf AsylbewerberInnenheim vor Gericht

Eine große Gerichtsverhandlung wegen Landfriedensbruch läuft z.Z. gegen Leipziger Faschisten. Dazu werden verschiedene Anklagepunkte behandelt. Neben mehreren Körperverletzungen geht es vor allem um den Angriff auf das AsylbewerberInnenheim in Makranstädt im August 1992. Dort machten sich um Mitternacht ca. 30-40 Personen aus



v.l.n.r.:Eisenhut,Röder,Buschmann,Döll,
Matjaschuk,Walter,Kozlik

Grünau und Makranstädt auf den Weg zum Asylbewerberlnnenheim und riefen Parolen wie "Ausländer raus" und ähnliches. 10 Personen sollen dann auf das Grundstück vorgedrungen sein, Scheiben eingeschmissen haben, Leuchtmunition abgefeuert und Brandflaschen geschmissen haben.

Angeklagt sind:

DANIEL ASTER, RADRIGO DÖLL, SVEN DRESCHER, ANDRE EISENHUT, HEIKO GRAF, HEIKO KNOPF, ROBERT KOZLIK, SÖREN MATSCHKE, MARCO RÖDER, MARKUS WERNER, GREGOR SANDER.

Die Anklage gegen Graf, Sander und Matschke wurde fallengelassen, da sie "nur" zugesehen hätten.

Wegen eines Angriffes auf einen Stand von Vietnamesen am 28.5. 92 am Kulkwitzer See sind angeklagt: SVEN BACKMANN, ANDRE EISENHUT, MIKE FRANK, STEFFEN KAUFMANN, HEIKO KNOPF, MARCO RÖDER, DANIEL WALTER.

Wegen eines weiteren Zwischenfalls am gleichen Tag am Kulkwitzer See sind angeklagt: DANIEL ASTER, DANIEL BUSCHMANN, SVEN DRESCHER, ROBERT KOZLIK, ALEXANDER MATIJASCHTSCHUK.

Nach Aussagen von fast allen haben sie sich immer in Grünau getroffen am Getränkestützpunkt "Beule" (vor allem Samstag Nachmittag) dann nach Markranstädt gefahren zum Getränkestützpunkt "Kerze" ein paar kleine Bierchen saufen und dann Samstag nach Lützen (ca. 20.30 Uhr) zur Disko fahren. Weiter wurden die Pilzbar in Markranstädt, der Flachbau in Grünau und eben die "Völkerfreundschaft" in Grünau. - Dank Herbert Grönemeyer vielleicht bald längere Öffnungszeiten?





LILLI SEGAL vom Widerspruch zum Widerstand



Lilli Segal, Widerstandskämpferin gegen den Hitlerfaschismus, liest aus ihrem Lebensbericht.

Veranstalter: Halle 5 e.V. in der
Kulturfabrik Werk II, Zugang Windscheidstraße

17.5.94 19⁰⁰ Uhr Halle 5
Eintritt: 2,oo DM

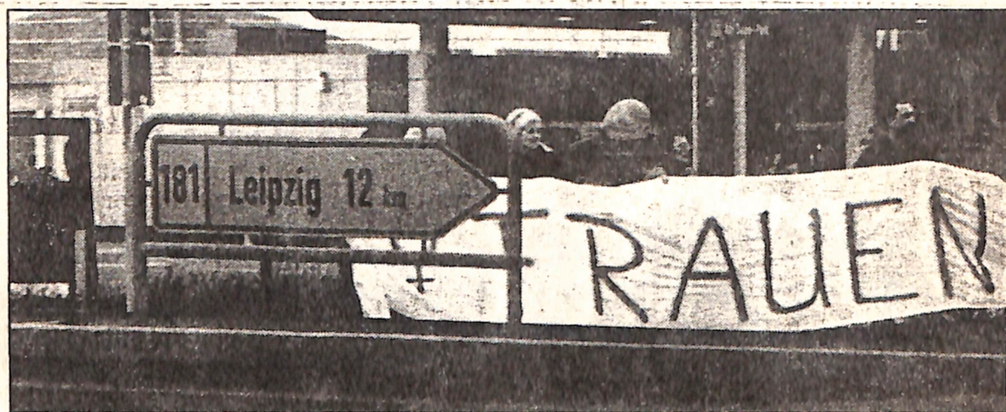
8. März - Frauen (-kampf, -streik,-protest) tag

Seit mehr als 80 Jahren demonstrieren Frauen alljährlich am 8. März für ihre Rechte. Den "Internationalen Frauentag" schlug Clara Zetkin 1910 in Kopenhagen bei einem Treffen von SozialdemokratInnen vor. Ein Jahr später protestierten in den USA und Europa tausende von Frauen für Frauenwahlrecht, gleiche Löhne und bessere soziale Absicherung. In Deutschland fand der Frauentag zum ersten Mal 1914 statt. In der Weimarer Republik wurde am Frauentag für soziale und rechtliche Gleichberechtigung demonstriert und vor den Nazis gewarnt. Zur Nazizeit trat dann der "Muttertag" in den Vordergrund und die Frau kehrte wieder an den Herd zurück. In der DDR gab es den Frauentag als staatlich organisierten Feiertag. Betriebsfeiern wurden veranstaltet, auf denen Frauen mit Blumen und reichlich Abzeichen beschenkt wurden. In der BRD dagegen wurde der Frauentag erst in den 80er Jahren wiederentdeckt. In diesem Jahr haben Organisationen bundesweit erstmals zu einem Frauenstreik aufgerufen. Es sollte ein erstes deutliches Zeichen gegen die spürbare Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen gesetzt werden. Ein breites Echo löste der Streikaufruf von "Frauen sagen nein" aus. Dieser wurde von über hundert Fraueninitiativen, Gewerkschaften, SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Die Gewerkschaften wagten zwar nicht wirklich zu streiken, aber sie wollten zumindest einen Frauenprotesttag daraus machen.

Frauen wollten am 8.3. hier und unmißverständlich ein politisches Zeichen setzen: "Jetzt ist Schluß ! Uns reicht es !". Sie wollten gegen Demokratie- und Sozialabbau, die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die ungleiche Beteiligung von Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungen, Paragraph 218 und die Absicht, Zwangsdienste für Frauen einzuführen, demonstrieren.

In L.E. trafen sich aus diesem Anlaß einige hunderte Frauen auf dem Augustusplatz. Um 12.00 Uhr wurde der größte "Frauenarbeitsplatz" eröffnet, mit Infoständen, Redebeiträgen und einem "Wunschbaum", an den Frauen ihre Wunschzettel anbringen konnten. Unter anderem stand da: Kindertagesstätten, Mitspracherechte, Erhalt und Wiederherstellung der vor der Wende erkämpften Rechte, Institut für Frauenstudien an der Uni Leipzig, Arbeit für Frauen mit Kindern, Streichung des §218, Gleichstellung von Frau und Mann, Sicherheit.

13.00 Uhr dann wurde die Kreuzung vor dem Augustusplatz blockiert. Die Polizei war schnell vor Ort, wobei sich die männlichen Freunde und Helfer eher im





Hintergrund hielten und ihren jungen Kolleginnen den Vortritt bei der Räumung der Kreuzung ließen. Nach 10 Minuten löste sich die Blockade dann auch "endlich" auf. Danach konnte sich frau auch weiterhin an den verschiedenen Ständen informieren.

40-50 zeitige Aktivistinnen trafen sich bereits 8.00 Uhr beim Saalepark und blockierten dort für kurze Zeit die B 181. Sie wollten z.B. auf die Arbeitslosigkeit aufmerksam machen, von der Frauen stärker betroffen sind. Die Aktion war allerdings nicht besonders wirkungsvoll, da die Polizei die Straße vorher schon weiträumig absperrte.

Fraglich ist jedoch, ob die ganzen bundesweiten Aktionen wirklich etwas verändern, und ob alljährliches "Aufmucken" am 8.März reicht. Ob die Märztage etwas gebracht haben, zeigt sich an dem, was folgt.



Religion und Rassismus

zweiter Teil

Eine nützliche Frage, als die nach dem Wesen des Christentums lautet folgendermaßen: Seit gut 2000 Jahren haben wir ein Set von geradezu wunderbaren Werten. Die Ethik des Aristoteles, die jüdischen Propheten, die Christlichen Evangelien- all die ehrbaren Männerstimmen aus der erhabenen Welt des Geistes sind sich darin einig, daß Güte und Liebe besser sind als Mord und Haß. Inzwischen müßten wir gelernt haben, daß diese Engelsmelodie nur an den Feiertagen gespielt wird. Trotzdem können wir nicht auf sie verzichten. Warum ? Weil wir uns viel Schmerzliches haben antun müssen (antun lassen müssen), damit wir den Befehl, uns die Erde Untertan zu machen, nachzukommen in der Lage waren. Wir haben universalgeschichtlich und individualgeschichtlich, Ordnungsliebe, Disziplin und Verläßlichkeit, Fleiß und Strebsamkeit lernen müssen. Wir wissen, daß unsere ganzen Tugenden keineswegs der menschlichen Natur entsprechen; das "Benehmen" kleiner Kinder zeigt dies zur Genüge.

Wir haben u.a. die Monogamie und die Prostitution eingeführt. Wie wäre es, wenn diese "bemerkenswerten" Errungenschaften im Lichte der Religions- bzw. Christengeschichte sehen lernten. Dann würden wir begreifen, daß die Geschichte des Christentums auch als Geschichte der erfolgreichen Disziplinierung, Rationalisierung des (männlichen) ICH geschrieben worden ist. Daß die anerkannten ethischen Texte (z.B. Aristoteles) nicht deshalb kanonisiert wurden, weil sie so schön "biophil" (Erich Fromm) sind, sondern weil sie die Rabiatheit legitimieren, mit der wir die sogenannte Natur meistern und gemeistert haben- Böden, Wälder, Flüsse, Pflanzen, Tiere, Heiden, Wilde, Hexen...

Hinter dem Appell der "Gottes- und Nächstenliebe" rumort es gewaltig.

Ein verbreiteter Irrtum besteht darin, daß es mehrere, voneinander weitgehend unabhängige "Arten" oder "Wurzeln" des Antisemitismus gibt, die auch eine jeweils eigenständige Entwicklung durchgemacht hätten. Es wird sich jedoch erweisen, daß wirtschaftlicher, politischer, rassistischer Antisemitismus nicht verschiedene, voneinander unabhängige Arten des Antisemitismus sind, sondern nur verschiedene Erscheinungsformen ein und dieselben Phänomens, die aufs engste miteinander verbunden sind, sich gegenseitig ergänzen und in der Argumentation unterstützen. Die religiöse Argumentation findet sich in allen Bereichen der antisemitischen Argumentation und läßt sich dort anhand der Geschichte nachweisen. Auf dieser Argumentation baut sich der gesamte Judenhaß auf.

Es gibt kein Argument antijüdischer oder antisemitischer Bestrebung das länger benutzt, häufiger vorgebracht, hartnäckiger beibehalten und tiefer internalisiert wurde, kein Argument, das stärker wütete, größeren Haß verbreitete, mehr Vorurteile zeugte und das Verhältnis zwischen Christen und Juden nachhaltig vergiftete, als den fundamentalen Vorwurf, der des Gottesmordes - von der Völkerwanderung bis heute wurde und wird dem Kirchenvolk der Jude als Messiasmörder vorgestellt.

Das christliche Mittelalter währte für die Juden 1500 Jahre lang, für sie eine dunkle Epoche.

Die begann im Jahre 313 u.Z., als es der römische Kaiser Konstantin für opportun hielt, mit der christlichen Minderheit des Imperiums, die bis dahin in ziemlicher Unterdrückung gelebt hatte, Frieden zu schließen. Bald danach waren die Juden eine "frevlerische" Versammlung oder eine "verruchte" Sekte. Nicht viel später wurden die Ehen zwischen Christen und Juden verboten. Ab 438 waren die Juden aus allen öffentlichen Ämtern verbannt, und ihre wirtschaftliche Lage hatte sich wegen des

Verbotes, Sklaven zu halten, entschieden verschlechtert. Damals ist auch der christliche Sport des Synagogenanzündens entstanden, unter der Führung fanatischer Priester und Mönche. Papst Gregor I. (590-604) hat in seinen Episteln und Predigten, die fleißig abgeschrieben und verbreitet wurden, die Erniedrigung der Juden als Beweis für ihre Kollektivschuld am Gottesmord dargestellt. Damit wiederholte er, mit größter Autorität, was andere "Kirchenväter", z.B. Hieronymus, schon vorher an Hetzreden gegen die Juden von sich gegeben haben.

Ein wirkliches Asyl hatten die Juden Europas, bis ins späte Mittelalter, nur in jenem Land, das unter die Herrschaft des Islam gefallen war, in Spanien. Im übrigen ist die Chronik der Juden im christlichen Europa haupsächlich eine Leidensgeschichte. Kollektive Vertreibungen (aus England 1290, aus Frankreich 1306, aus Spanien 1492), weiträumige Massaker (Deutschland 1096 und 1147, Spanien 1391, Polen 1648, Rußland 1881), diskriminierende kirchliche Gesetze (1179, 1215, 1431), öffentliche Verbrennung jüdischer Literatur (1242 in Paris, 1553 in Rom) haben das Selbstwertgefühl des europäischen Judentums nachhaltig gekränkt, ja beschädigt. Das Wurmgefühl des 22. Psalms ("ich bin aber ein Wurm und kein Mensch, der Leute Spott, des Volkes Verachtung") mußte für die Juden geradezu habituell werden. Isoliert in den Ghettos, Verhalten zum Tragen demütigender Abzeichen, wurden die Juden zu einem Pariavolk degradiert, dem die Flucht von Land zu Land zum Schicksal geworden war und das man für alles Ungemach, von der Feuerbrunst bis zur Pest, wie selbstverständlich verantwortlich machte.



Die nachhaltige Stigmatisierung ist den Juden von den Christen auf ökonomischen Gebiet zugefügt worden, durch den Entzug aller gangbaren Erwerbsmöglichkeiten bis auf eine - dem Geldverleih. Ursprünglich hatten die Juden vom Acker gelebt. Später, als sie bereits in vielen Städten des römischen Imperiums wohnten, fand man sie auch in den Gewerben und Handwerken, als Schneider oder Schmiede, Metzger oder Juweliere. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit war der Handel, und bis ins 10.Jahrhundert zogen jüdische Kaufleute von Südfrankreich über Ägypten bis Indien und China, von wo sie Moschus, Kampfer, Zimt und andere Produkte nach Europa zurückbrachten. Durch sie hat Europa die Orange und den Flieder kennengelernt, aber auch das Dezimalsystem und den Stoff vieler Märchen.

Der Fernhandel ging den Juden durch das Erstarken der christlichen Seefahrt verloren, mit Venedig, Amalfi, Genua an der Spitze. Der Binnenhandel geriet zunehmend unter die Kontrolle der mittelalterlichen Zünfte, ebenso das Handwerk und die Gewerbe. Selbstverständlich konnte nur ein Christenmensch Zunftgenosse werden, und die Juden hatten das Nachsehen. Die einzige Lücke im mittelalterlichen Arbeitsmarkt, die den Juden offenblieb, entstand durch das beharrliche Veto der Kirche gegen das Zinsnehmen. Den "Wucherern", wie sie

genannt wurden drohte man sogar mit der Verweigerung des christlichen Begräbnisses. Gleichzeitig belebte sich die Geldwirtschaft insbesondere in der Ära der Kreuzzüge so schnell, daß das Fehlen eines effizienten Kreditapparates ein Handicap wurde. Hier nun durften die Juden einspringen, weil von ihnen ohnehin ein christliches Benehmen nicht erwartet werden konnte. Die jüdischen Kaufleute, die aus den genannten Gründen mehr und mehr auf ihrem Kapital sitzenbleiben, verwandeln sich in Bankiers und Finanzmänner. Sie kreditieren Könige und Kaiser, Fürsten und Städte, Bischöfe und Äbte. Für diese ihre Tätigkeit wurden sie selbstverständlich wütend gehaßt, und gar nicht so selten waren die Anführer von Überfällen auf die Häuser der Juden zahlungsunfähige Schuldner.

So wurde der habgierige Finanzjude zum Prototypen (Stereotyp) des bösen Kapitalisten - ein bequemes Klischee, mit dem noch Hitler durch hineinsetzen von "Plutokraten" und (Wallstreet-) Juden seine antisemitische Propaganda belebt hat.

Hingegen hat das langsame Verblassen des christlichen Gottes innerhalb der bürgerlichen Eliten des 18.Jahrhunderts in Westeuropa, während des Industriezeitalters sich ankündigte, den Juden der Befreiung aus dem Ghetto gebracht. Toleranzgesetze, deren ersten Joseph II. von Österreich im Jahr 1782 erließ, leitete die Gewährung der bürgerlichen Freiheiten auch für die Juden ein. Die Revolution von 1789 und 1848 sind von den europäischen Juden als Zeichen des Sieges der Menschenrechte begrüßt worden, auch wenn die gesellschaftliche Wirklichkeit gar sehr hinter den schönen Dekreten der bürgerlichen Revolutionäre zurückblieb. Heinrich Heine, der sich mit 28 Jahren taufen ließ, war nicht der einzigste Jude, der mit diesem Schritt die immer noch bestehenden sozialen Schranken überspringen wollte. Emanzipation von den mittelalterlichen Zuständen und Assimilation in die bürgerliche Gesellschaft waren für die meisten west- und mitteleuropäischen Juden des 19.Jahrhunderts klare Maximen.



Man besuchte die Universitäten, trug englische Anzüge, besuchte die Oper.

In den 150 Jahren zwischen Napoleon und Hitler waren die europäischen Juden, insbesondere die deutschen, auf der Höhe ihrer Zeit. Ohne das jüdische Ferment von damals wären die entscheidenden Gedanken, die uns bis heute prägen, nicht gedacht worden. Die Namen von Marx, Einstein oder Freud erinnern an eine Zeit, in der die jüdische Intelligenz in allen Bereichen des zivilen Lebens, von der hohen Politik bis zum Kabarett, regsam war.

Dagegen formierte sich das schlecht gelüftete christliche Kleinbürgertum, insbesondere in Deutschland und Frankreich. Der Antisemitismus, dieses Gemisch aus Ressentiment, konfessioneller Enge und heruntergekommener Wissenschaftlichkeit, konnte deshalb nicht wirklich widerlegt werden, weil er seine Nahrung aus sehr sozio-ökonomischen Ängsten bezog. Nicht zufällig wurde der Antisemitismus in den Krisenjahren zwischen 1873 und 1885 zur Massenbewegung.

Der Begriff "Antisemitismus" ist eine Schöpfung W. Marrs aus dem Jahre 1873, aus einer Zeit also, in der der Antisemitismus in voller Blühte stand. Vorausgegangen war die verhältnismäßig ruhige Zeit der sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts, die die Assimilierung und Emanzipierung der Juden begünstigte. Nach der Reichsgründung breitete sich der Antisemitismus schnell auf größere Bevölkerungsschichten aus. Auslösendes Ereignis war dabei der "Große Krach" von1873 und die danach jahrelang anhaltende Wirtschaftskrise. Die "Gründerjahre" hatten auch den Mittelstand zu Spekulationen verleitet, der freilich mangels Kapital und Kenntnisse auf wirtschaftlichen Gebiet dazu denkbar ungeeignet war. Das Risiko, mit Ersparnissen zu spekulieren, war hoch und der Schlag den die Weltwirtschaftskrise 1873 und die "Große Repression" bedeutete besonders hart. Industrielle und Bankiers, die ihr Geld aufgrund ihrer Erfahrungen weitestgehend retten konnten und etwaige Verlußte nicht so schmerzhaft spürten, waren freilich weniger geschädigt. Der Umstand, daß viele Juden dieser Schicht angehörten und die Suche nach einem Sündenbock überhaupt, waren der Anlaß für den nun hereinbrechenden Antisemitismus.

In den leitenden kirchlichen Kreisen sah man die neue Bewegung mit Wohlgefallen, denn man blickte mit Verdruß auf den Liberalismus, welcher die religiöse Gesinnung der Massen bedenklich geschwächt hatte, und so galt es, die antijüdische Agitation zu benutzen um die Massen wieder für den Kirchenbesuch zu gewinnen. Der Haß gegen die Juden solte das christliche Bewußtsein stärken. Nicht nur die katholiche Kirche beteiligte sich, aktiv oder duldend, an der antisemitischen Agitation, auch dei evangeliche Seite konnte oder wollte solche Tendenzen nicht verleugnen. Wie auch anders ist es zu erklären, daß es am Vorabend des "Tausendjährigen Reiches" keine großen kirchlichen Proteste gegen die Nazis gab. Im Gegenteil- für manche, der christlichen Moraltheologie wichtigen Punkte, schien der Nationalsozialismus eine Hilfe zu versprechen, und das Christentum war eifrig bemüht, diese Chance wahrzunehmen. Das erste persönliche Zusammentreffen Hitlers nach dessen Machtantritt am 30. Januar 1933 mit einem katholischen Bischof, nämlich Bischof Berning von Osnabrück und dem Vertreter des erkrankten Bischof Schreiber von Berlin, Generalvikar Steinmann, fand am 26. April 1933 statt. In Bernings Protokoll heißt es: "Die Unterredung war herzlich und sachlich. Die Bischöfe anerkannten freudig, daß durch den neuen Staat das Christentum gefördert, die Sittlichkeit gehoben und der Kampf gegen Bolschewismus und Gottlosigkeit mit Energie und Erfolg geführt werde." (Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Dokumente 1930-1935, 1963, S.177)

Spätestens nach der sogenannten"Reichskristallnacht" vom 9. auf den 10. November hätten die Bischöfe Deutschlands darauf aufmerksam machen müssen, daß die Suche nach Sündenböcken für Christenmenschen nicht zulässig sei, weil der Herr Jesus die Sünden der Welt allseits auf sich genommen hatte, als Gott wohlgefälliges Opfer. Aber die Hirten schwiegen und die Herde blieb verstockt. Adolf Hitler konnte zu einer Weltmacht, einer Mordsmacht aufsteigen, da das Gewissen von mehreren hundert Millionen Christen zu seinen Taten schwieg oder diesen sogar zustimmte. Dieses Gewissen war ein Privatgewissen, nur mit Angelegenheiten der privaten Intimzone beschäftigt: der andere da draußen vor der Tür, der Jude, der Pole, der Zigeuner, der wurde ausgeklammert.

Mit gutem Gewissen konnten zudem Theologen in beiden Großkirchen, in der römisch-katholischen Kirche und in der evangelisch - lutherischen Kirche die tausendjährige ehrwürdigen kirchlichen theologischen Traditionen aussprechen, die direkt zu Hitler führen. Hitler beruft sich selbst, so auch im Gespräch mit Kardinal Faulhaber-offenbar ohne Widerspruch zu finden- darauf, daß er nur tue, was die Kirche eineinhalb Jahrtausende lang lehrte und den Juden gegenüber praktizierte.

Auschwitz und seine Todesenkel beruhen auf eineinhalbtausendjährigen erlauchten theologischen Tradition der Kirche.



Die Ermordung von Millionen von Juden durch die Nazis zwischen 1933 und 1945 machte aber auch deshalb viele so sprachlos, weil sie im krassen Gegensatz zu allen Errungenschaften der bürgerlichen Ära steht. Liberalismus, Toleranz, Humanität-all die Maximen einer "selbstbewußten und fortschrittsgläubigen" Klasse, die sich von der Herrschaft der Adeligen und Kleriker befreit hatte, erwiesen sich als zu schwach, um das Grauen zu verhindern. Die bösartige Verbindung aus technischem Kalkül und barbarischer Absicht, wie sie in den Verbrennungsöfen Wirklichkeit wurde, ist wie ein Hohn auf das Licht der Vernunft, das den Aufklärern heilig war. Der Holocaust läßt die 150 Jahre, in denen die europäischen Juden freier atmen durften, wie ein Intermezzo erscheinen. Die "Endlösung" Hitlers, als schreckliche Vollstreckung des in der Cristenbibel fundierten abendländischen Judenhasses, hat in Europa ein Vakuum hinterlassen, das nur noch von Erinnerungen bewohnt wird. Kein Mensch, der sich der Grundlagen des "modernen" Europas bewußt ist, kann leugnen, daß die Scheiterhaufen und Verbrennungsöfen, giftige Rauch und Gestank in den Vernichtungslagern des nationalsozialistischen Deutschlands zwar nicht gerade die logische Folge, aber doch zumindest eine extremistische Konsequenz der Haltung sind, die der normale Christ den Juden gegenüber eingenommen hat.

Wer dies nicht zu sehen wagt, sieht an sich selbst und an der überaus heiklen Situation der Gesellschaft, gerade in der nachchristlichen industriellen Großgesellschaft westlicher Prägung, vorbei: Es zeigt sich nämlich tagtäglich, daß auch Millionen von nachchristlichen Menschen, die nicht mehr direkt zum Credo einer Großkirche lebensmäßig bekennen, noch tief geprägt sind durch die "Himmel" und "Höllen", durch die "Ängste" und die "Teufel", die Christen und von christlichen Theologien produziert wurden und werden.

Nach 1945 war die Kirche eifrig bemüht große Erklärungen abzugeben, um sich von dem Vorwurf der Unterstützung des Naziregimes selber freizusprechen. Das Reichskonkordat von 1933, bei dem die Kirche ihre Stellung im nationalsozialistischen Staat festlegte und festigte, wurde revidiert, wie so viele andere Verträge. "Offiziell" war die Kirche gegen die Faschisten gewesen. Sie verweist, auch heute, daraufhin, daß auch Christen ins KZ gesteckt wurden. Daß das aber Menschen waren, die Juden geholfen oder sich gegen die Nazis gestellt haben, aufgrund ihrer christlichen Einstellung, und dem Verhalten der Kirche gegenüber den Nazis Kritik übten, wird zu sehr verschleiert.

52 Jahre nach der Wannenseekonferenz vom 20.1.1942, auf der die Maßnahmen zur "Endlösung der Judenfrage" beschlossen wurde, befassen sich die Religionssoziologen immer noch lieber mit der Säkuralisierung des Christentums, als mit dem Glauben ans "tausendjährige Reich", der Angst vor dem "Weltjudentum", den mitternächtlichen Fahnenjunkerweihen im Dom zu Quedlinburg mit H.Himmler als Prediger, der gemeinsamen sprachlichen Wurzel von "Heiligkeit" und "Heil" (Hitler). Dabei würde ein Blick auf irgend ein Kruzifix

genügen, um auch den nettesten Religionssoziologen daran zu erinnern, was für sein Fachgebiet zentral ist, nämlich die Auseinandersetzung mit der vom Christentum heraufbeschworene Ängste, vom Jüngsten Gericht, Satan und seine Helfershelfer (Frauen, Hexen, Juden), dem geschürten Haß auf diese Helfershelfer. Der Blick auf die Juden, die 1938 in Wien mit der Zahnbürste den Gehsteig putzen mußten, läßt sich durchaus mit dem Verbrennen von Hexen und Ketzern vergleichen. Es handelte sich stets um schwere Krisen (z.B. Epedemien) in der sich die Wut der Menschen auf soziale Außenseiter richtete, gelenkt wurde und tötete. Das Christentum gehört keineswegs zu den entscheidenden Gegnern des Antisemitismus und des Judenhasses. Das darf uns aber nicht zu dem Schluß verleiten, daß das Christentum durchweg judenfeindlich war. Der Wahrheit wird man wohl am nächsten kommen, wnn man bedenkt, daß eine "Organisation" von der Größe des Christentums, sehr viele Strömungen und Tendenzen ausgesetzt ist und mithin, philosemitisches wie antisemitisches Gedankengut wie auch einfache Indifferenzierung in reichem Maße umfaßt. Päpste wie Innozenz IV. und Gregor X. im 13. Jahrhundert, Eugen IV. im 15. und Clemens XIII. im 18. Jahrhundert haben den Glauben an von Juden verübte Ritualmorde (Mord an Christenkinder) bekämpft. Die Schuld aber, die das Christentum und seine Repräsentanten auf sich geladen hat, durch ihre Geschichte, vermindert sich nicht, sie wird nur relativiert.

P.S.: Adolf Hitler ist getaufer Katholik und wurde nie exkomuniziert

Buchtip: Rudolf Hirsch / Rosemarie Schuder
Der Gelbe Fleck-Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte

KURZINFO:

Mitte November 1993 holte der Berliner Staatsschutz zum Schlag gegen die dortige Antifa-Szene aus: Rund ein dutzend Hausdurchsuchungen bei Berliner AntifaschistInnen, ihren Freunden und Angehörigen wurden durchgeführt, drei Leute wurden verhaftet, ein weiterer von der Polizei gesuchter Antifaschist stellte sich wenige Tage später freiwillig. Am 2.12.93 kam es während einer Hausdurchsuchung zu einer weiteren Verhaftung.

Hintergrund der Festnahmeaktionen ist der Tod des Faschisten Gerhard Kaindl im April 1992. Kaindl, Schriftleiter der Berliner Filiale der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL) hatte damals in einem China-Restaurant in Berlin Neukölln an einem Faschistentreffen teilgenommen, bei dem Carsten Pagel (Ex- Republikaner), Rudolf Kendzia (DL) und Thorsten Thaler (DL-Mitbegründer) anwesend waren. Nach Zeugenaussagen sollen 6-8 vermummte Personen in das Lokal gestürmt sein. Es kam zu einem Handgemenge bei dem Kaindl durch Messerstiche tötlich verletzt wurde.

Von Anfang an führte der Staatsschutz die Ermittlungen nur in eine Richtung. Obwohl laut Polizeibericht die "Täter maskiert" waren, stand für die Repressionsorgane schon früh fest, daß sie in "türkischen oder arabischen Kreisen" zu suchen waren. In Folge der Ermittlungen wurden Daten an die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" weitergegeben.

Die Verfolgten wurden von den Staatsorganen der Jugendgruppe "Antifasist Genclik", einer offen arbeitenden Antifa-Gruppe türkischer und kurdischer Jugendlicher zugeordnet, mit dem Ziel die Ansätze des selbstbewußten Handelns von jugendlichen ImmigrantInnen zu zerstören.

Freilassung aller Verhafteten und Einstellung der laufenden Verfahren!

Quelle: ZAG,Berlin,Nummer 10 /1994

Leipzig, den 10. März 1994

PRESSEERKLÄRUNG/AUFRUF

Am Mittwoch, dem 9. März 1994, scheiterten die Verhandlungen zwischen den ehemaligen BewohnerInnen der Ernestistraße 9 und der Stadt Leipzig! Bei den Gesprächen ging es um ein Ersatzhaus für die Ernestistraße 9. Diese wurde am 14. April 1993 bei einem Polizeieinsatz "versehentlich" mitgeräumt.
Es ergeben sich für uns folgende Konsequenzen:

1) Wir werden nach Ablauf einer Frist von 14 Tagen (gerechnet ab Donnerstag, dem 9. März 1994) beginnen, unsere Forderungen nach Lebens- und Projektraum durchzusetzen. Dabei werden wir unabhängig von der Stadt und uns ehemals beratenden Institutionen agieren.
2) Wir behalten uns die Entscheidung über die Art und den zeitlichen und räumlichen Rahmen unserer Aktionen selbst vor.
3) Bei unseren Aktionen ist der Anspruch des Staates auf ein Gewaltmonopol ohne Bedeutung. Wir werden uns gegen alle zur Wehr setzen, die uns bedrohen. In unserem Fall hat der Staat, vertreten durch die Stadt Leipzig, deutlich gezeigt, daß er mit der Verantwortung, die er trägt, nicht umgehen kann. Alle Widerstandshandlungen werden von uns deshalb als Notwehrhandlungen interpretiert.
4) Wir lehnen jede Verantwortung für Schäden, die im Zuge unserer Aktionen Dritten entstehen, ab. Trotzdem werden wir versuchen, sie zu vermeiden.
5) Wir rechnen mit einem brutalen Vorgehen der Stadt und werden darauf entsprechend reagieren.
6) Angebote der Stadt Leipzig werden wir nach wie vor prüfen. Reagieren werden wir auf sie allerdings nur, wenn sie sofort zu Ergebnissen führen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß ein vorzeitiges Eingehen auf Angebote dazu führt, daß die Stadt durch schlampige Arbeit bestehende Einigungschancen zerstört.

Wir rufen hiermit alle Menschen auf, uns nach all ihren Kräften zu unterstützen! Wenden sie sich gegen Willkürherrschaft und tote Verwaltungsstrukturen als Machtmittel gegenüber Personen und Ideen! Wir hoffen auf Ihr aktives Auftreten, wie auch immer es aussehen mag. Jede Unterstützung hilft uns und letztendlich auch Ihnen, denn wo **Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!**
Während der gesamten Verhandlungsdauer haben die VertreterInnen der Stadt ein Höchstmaß an Unseriosität und schlechter Verhandlungsführung gezeigt. Informationen, die während der Verhandlungen weitergegeben wurden, stellten sich sehr oft als Halb- oder Unwahrheiten heraus. Die Bearbeitung einfacher Fragen, wie die interne Klärung von computergespeicherten Eigentumsverhältnissen, nahmen stets

mehrere Wochen in Anspruch. Unterstellen wir den Stadtbehörden guten Willen, so hat sich hier ein Maß an Unprofessionalität offenbart, daß für Leipzigs Zukunft Schlimmes befürchten läßt. Jugendpolitisch waren diese Verhandlungen auch von unserer Seite ein Experiment, dessen Scheitern wir jetzt eingestehen müssen.
Wir können niemandem empfehlen, sich auf Zusagen der Stadt einzulassen.

Bis zum April 1993 erfolgte kein Abschluß von Mietverträgen. Und das trotz Zusagen der Stadt Leipzig durch Oberbürgermeister Lehmann-Grube und Stadtparlament sowie Vertragseinigkeit mit der LWB. Es folgten ein knappes Jahr Scheinverhandlungen, in denen das Wohnungsamt, in Persona Amtsleiter Holger Tschense, immer wieder unhaltbare Angebote vorlegte.
Alle von der Stadt angebotenen Häuser erwiesen sich als nicht mit vertretbaren Mitteln sanierbar oder bewohnt. Die von uns unterbreiteten Vorschläge lehnte Herr Tschense ab. Er verwies darauf, daß wir von anderen "alternativen" Projekten in Leipzig-Connewitz zu dezentralisieren wären. Bis zum heutigen Tag ist unklar, wieso uns diese Dezentralisierung traf und wodurch dieses Vorgehen des Herrn Tschense legitimiert wurde. Das Ordnungsamtes trägt diese Dezentralisierung mit, der entsprechende Amtsleiter Herr Günther Wassermann jedoch leugnet einen entsprechenden Beschluß. Auch die Abteilung II (Inneres) im Regierungspräsidium hat nach Auskunft ihres Leiters Nolze keine Information über eine entsprechende Weisung. Trotzdem im Regierungspräsidium eine Sicherheitskonferenz tagt, die sich mit derartigen Fragen befaßt. Einschließlich des Regierungspräsidenten wurde uns von dieser Behörde versichert, es gäbe kein Interesse an einer derartigen Sonderbehandlung.
Wir akzeptierten im September 1993 die beiden letzten von der Stadt angebotenen Häuser. Gezwungen durch die starren Verhandlungspositionen der Stadt, die auch durch das Votum des demokratisch legitimierten Jugendhilfeausschusses nicht beweglicher wurden. Dieser machte über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig unsere Positionen zu seinen eigenen. Das erste dieser letzten Angebote wies "plötzlich" einen schon weit vorangetriebenen und ernsthaften Restitutionsanspruch auf. Die zweite Möglichkeit zerschlug sich im Vorfeld der für den 9. März 1994 geplanten Baukonferenz. Es ist nicht mit den vorhandenen Mitteln instandsetzbar. Außerdem kann es nicht in absehbarer Zeit bezogen werden, da eine Erbengemeischaft Ansprüche erhebt.

Danken möchten wir für die bis jetzt geleistete Unterstützung:
Ilona Weber (Sozialarbeiterin, Kinder- und Jugendvilla), ***Jugendhilfeausschuß*** *der Stadt Leipzig,* ***Runder Tisch der Jugend, Friedrich Magirius*** *(Stadtpräsident), Herrn* ***Christian Steinbach*** *(Regierungspräsident), Herrn* ***Nolze*** *(Regierungspräsidium), den Zeitungen* ***KlaroFix, MSE*** *und* ***AII***, *dem* ***IB Leipzig*** *(Christian Kamprath, Frederike Magirius), dem* ***BewohnerInnenrat*** *sowie natürlich all unseren* ***FreundInnen und Freunden***, *die uns halfen das letzte Jahr zu überstehen. Wir wissen das Engagement zu schätzen, auch wenn es letztendlich nicht zum Erfolg geführt hat. Es ist gut zu wissen, daß Sie Verständnis für unseren jetzigen Schritt haben.*



Auf dem Weg zum totalitären Überwachungsstaat

Die Novellierung des sächsischen Polizeigesetzes markiert einen neuen Höhepunkt im Kampf konservativer Kreise gegen Freiheitsrechte und den sogenannten Rechtsstaat. Nicht zuletzt der Umstand, daß die Öffentlichkeit konsequent hintergangen wurde, um eine qualifizierte Diskussion zu vermeiden, entlarvt die Initiatoren einer unseligen und undemokratischen Tradition zu folgen.

Nachdem die Behandlung des Gesetzentwurfs im Rahmen der letzten Sitzung des federführenden Innenausschußes vertagt wurde, ist mit der Beschlußfassung im April 1994 zu rechnen.

Hintergrund war eine von SPD und Bündnis 90 / Grüne angedrohte Verfassungsklage, die dem Gesetz noch einige kosmetische Veränderungen bescheren wird.

Ständig neue Hiobsbotschaften zur innenpolitischen Lage (z.B. Kriminalitätsstatistiken) wurden wahlkampftaktisch äußerst klug eingesetzt, um BürgerInnenängste zu schüren, welche die Legitimation für die Aufrüstung nach innen verschaffen.

So können mit der Gesetzesnovelle gleich zwei Interessen bedient werden. Zum einen wird die Polizei, als entscheidender Faktor der Machterhaltung, auf den "Notstand" vorbereitet, zum anderen suggeriert die Politik ein ehrliches Interesse am Wohlergehen der BürgerInnen.

Die in der Bundesrepublik der letzten zwanzig Jahre im rechtsfreien Raum entwickelte ungestüme Polizeipraxis soll nun in Sachsen auf ein rechtsstaatliches Fundament gestellt werden.

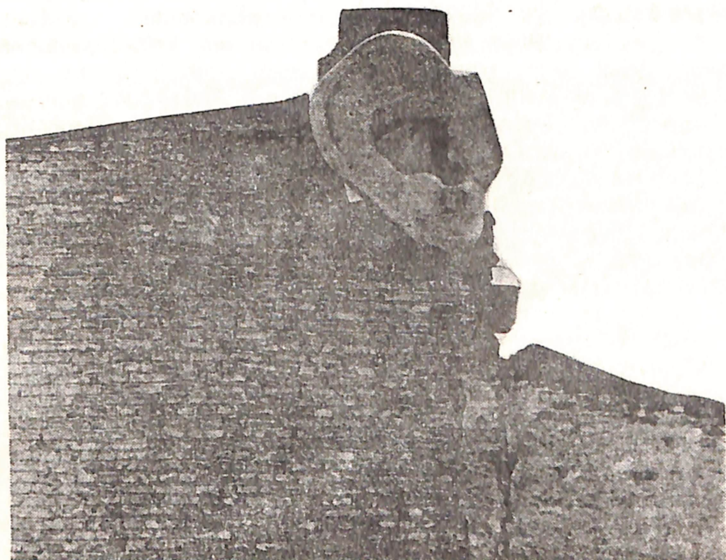
Der Gesetzesentwurf entspricht dabei dem bundesweiten Trend zur normativen Entgrenzung polizeilicher Aufgaben und Eingriffsbefugnisse. Besorgniserregend ist die, sich in den Regelungen zur Datengewinnung bzw. Datenverarbeitung manifestierenden Entwicklung zur Geheimpolizei. In diesem Zusammenhang weckt die Strategie der Prävention von Straftaten mit geheimdienstlichen Mitteln zwangsläufig ein gesteigertes Informationsbedürfnis.

Nach dem SächsPolG §39 werden "besondere Mittel" zur Erhebung von Daten eingesetzt, wenn Gefahr "für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder das Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende Sach- und Vermögenswerte" besteht. Maßgabe für die Observation einer Person, welche drei Tage ohne richterliche Anordnung und im Ausnahmefall von der Polizeiführung genehmigt werden kann, ist die "Gesamtwürdigung" einer Person. Ein alternatives Kriterium ist erfüllt, wenn "Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie (die Personen) Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden".

Dank der ungenauen, alles umfassenden Formulierung basieren die polizeilichen Eingriffsbefugnisse auf reinen Prognoseentscheidungen. Das von der Verfassung ausgehende Gebot der "Normenklarheit", geschaffen um eine sich verselbstständigende Polizei auszuschließen, wird bewußt unterlaufen.

Die Verschleppung der Polizeimaßnahmen in den Geheimbereich machen sowohl eine parlamentarische Kontrolle, als auch die rechtliche Absicherung der von den geheimdienstlichen Praktiken Betroffenen nahezu unmöglich. Die Verfaßtheit einer demokratischen Gesellschaft schreibt eine unumstößliche Gebundenheit staatlicher Eingriffe an die Grundrechte der

BürgerInnen, sowie das verfassungsmäßige Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst vor. Dieser Grundsatz, als eine Konsequenz aus den Erinnerungen an die Gestapo der NS-Zeit, wird nicht gewahrt.
Die Überwachung sogenannter verdächtiger Personen, sowie die Einbeziehung unverdächtiger (auch unbeteiligter) Personen in die verdeckten Ermittlungen, machen eine lückenlose Kontrolle des öffentlichen und privaten Sektors möglich.
Ein weiterer Bestandteil der neuen polizeilichen Präsenz werden verdeckte ErmittlerInnen sein, die milieubedingte Straftaten begehen dürfen. Schon heute werden auf dem Gebiet der Drogenfahndung mit größeren Geldmengen als Lockmittel kleine Dealer zu großen Dealern gemacht, um dann die Erfolge in der Bekämpfung der Drogenkriminalität stolz der Öffentlichkeit zu präsentieren.
Das Netzwerk staatlicher Willkür wird durch die Verlängerung des Vorbeugegewahrsams auf 14 Tage komplettiert. Zu erwartende Gefährdungen durch den "Störer" entspringen nicht zwangsläufig fundierten Vermutungen der Polizei. es ist also zu erwarten, daß z.B. bei Demonstrationen abschreckende Exempel statuiert werden sollen.
Das Grundrecht auf Leben wird mit dem "finalen Rettungsschuß" aus Gründen der "Rechtssicherheit, Fürsorgepflicht und zum Schutz der einzelnen Polizeibeamten" (Begründung zum SächsPolG) eingeschränkt.
Die Legalisierung staatlichen Tötens unterwandert somit die im Grundgesetz festgeschriebene Abschaffung der Todesstrafe (GG Art.102). Die Todesstrafe wird auf diesem Weg nicht nur reaktiviert, sondern auch von PolizistInnen unter Umgehung der Justiz beschlossen und ausgeführt, obwohl der Gesetzgeber die Exekutive bewußt nicht mit juristischen Kompetenzen ausgestattet hat.
Bisher mußte sich jeder polizeiliche Todesschütze vor Gericht wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Entfällt nun diese richterliche Kontrolle der Polizei, ist mit einer Herabsetzung der Hemmschwelle für den Schußwaffengebrauch zu rechnen. Das neue sächsische Polizeigesetz ist ein totalitäres Instrument, welches auf BeamtInnen wartet, die es als solches einsetzen, ein Mißstand, den zu verhindern der Gesetzgeber verpflichtet ist.



Der Aufstand im Warschauer Ghetto

Am 19.April jährt sich zum 51. Male der Beginn eines verzweifelten Kampfes der Reste des Warschauer Judentums gegen die deutschen Mörder. Einzigartig ist dieser Widerstand schon deshalb gewesen, weil die jungen Menschen, die sich in den Mauern des Ghettos erhoben auf fast keine Hilfe von außen hoffen konnten. Sie wußten von Anfang an, daß sie sterben werden , nur wollten sie das nicht in den Gaskammern von Treblinka oder Auschwitz, sondern als freie Kämpferinnen und Kämpfer, um ein Signal in die Welt zu setzen. Das sie es dann auch wirklich schafften, über einen Monat der Deutschen Militärpolizei, SS-Sondertrupps und ihren ukrainischen Hilfstruppen stand zu halten, mit einigen Revolvern, selbstgebauten Handgranaten, Molotow-Coctails und dem unzubändigen Durst nach Rache für die ermordeten Brüder und Schwestern. Der folgende Historische Überblick soll euch einen kleinen Einblick in die Zeit geben.

Als die deutsche Wehrmacht Polen am 1. September 1939 überfiel und in wenigen Wochen vollständig besetzte (zumindest vorerst den Teil, der im Hitler-Stalin-Pakt an Deutschland ging), begann für die jüdische Bevölkerung in Polen ein leidvoller Weg, der mit der fast vollständigen Ausrottung enden sollte.

Am 2.Oktober 1940 erläßt der Gouverneur des Warschauer Distriktes, Ludwig Fischer, eine Sonderverordnung über die Errichtung eines Ghettos in Warschau. Die Deutschen umgeben es mit einer drei Meter hohen Mauer, deren Tore streng bewacht werden. Auf unbefugtes Verlassen des Ghettos steht die Todesstrafe. An die 500000 Menschen werden in ein Wohnviertel gesperrt, dessen Areal sich ständig verkleinert, während immer mehr Juden darin wohnen müssen. So beginnt einer von mehreren perversen Versuchen der Deutschen, die "Endlösung der Judenfrage" in die Praxis umzusetzen. Durch Aushungern, Zwangsarbeit und Seuchen soll die jüdische Bevölkerung vernichtet werden. (In einer Aufstellung vom 14.12.41 bekamen Deutsche in Warschau pro Tag 2310 Kalorien, andere Ausländer 1790, Polen 634 und Juden 184 Kalorien zugestanden.)

Ein Jahr nach Errichtung des Ghettos sind darin bereits 100000 Menschen gestorben. Doch im darauffolgenden Jahr entdeckten die Nazis, daß mit Hilfe von Gas Menschen quasi industriell in KZs vernichtet werden können. Die Ghettos wurden also nicht mehr gebraucht. Vom 22. Juli bis 21. September 1942 beginnt die erste "Aussiedlungsaktion". An die 300000 jüdische Menschen, vornehmlich solche, die nicht in den Betrieben Zwangsarbeit leisten, also für die Nazis "wertlos" sind, werden nach Angaben der Deutschen in andere "Arbeitslager umgesiedelt". Doch die dunklen Vorahnungen der verschiedenen illegalen jüdischen politischen Gruppen bestätigen sich nach den ersten Augenzeugen. Die Fahrt geht nicht in ein Arbeits-, sondern in ein Vernichtungslager, in die Todesfabrik Treblinka. Viele der GhettobewohnerInnen wollten den Nachrichten erst keinen Glauben schenken, doch der politische Untergrund schließt sich Ende 1942 zusammen und gründet die jüdische Kampforganisation ZOB. Ziel ist es, im Falle einer weiteren Massendeportation bewaffneten Widerstand zu leisten. Vereinigt in der ZOB waren der Hechaluz- die linkszionistische Jugendbewegung, mehrere gemäßigte zionistische Jugendverbände, die zionistische Arbeiterpartei Poale Zion, der sozialistische Bund und die Kommunisten. Die Zeit vorher waren diese Gruppen eher durch Meinungsverschiedenheiten voneinander getrennt, doch die begonnene systematische Massenvernichtung und ihr Wille "nicht wie Lämmer zur Schlachtbank geführt zu werden" einten sie. (Einzig der Kampfverband der Rechtszionisten, ZZW,

kämpfte unabhängig, aber in strategischer Absprache mit dem ŻOB-Kommando.)
Nach der ersten Deportation lebten von den ca. 500000 Juden noch etwa 60000, davon über 20000 illegal im Warschauer Ghetto. Ganze Straßenzüge im Ghetto sind nun nicht mehr bewohnt. Alte, Kranke, Kinder gibt es kaum noch. Nur die Arbeitsfähigen sind übriggeblieben, und sie verstanden, daß sie nur noch lebten, um noch eine Weile Zwangsarbeit zu leisten. Emanuel Ringelblum, der Archivar und Chronist des Ghettos berichtet: "Die Leute schworen sich, nie wieder werden uns die Deutschen ungestraft hier wegbringen. Wir werden untergehen, aber die grausamen Eindringlinge werden mit ihrem Blut für unseren Tod bezahlen. Wir brauchen uns keine Gedanken um unser Überleben zu machen, denn jeder von uns trägt sein Todesurteil bereits in der Tasche. Wir sollten besser daran denken, mit Würde zu sterben, im Kampf zu sterben."
Schwierigstes Problem war das Beschaffen von Waffen. Nachdem die ŻOB feststellt, daß nur einige Revolver und Gewehre aufzutreiben sind und der "offizielle" polnische Untergrund nur zu sporadischer Hilfe bereit ist, muß improvisiert werden. So entstehen unzählige selbstgebaute Handgranaten, Zündflaschen, Molotow-Coctails u.ä., die in geheimen Verstecken gehortet werden. Alles läuft unter strenger Konspirativität ab.

Anfang 1943 beschließt der Reichsführer der SS, daß Warschauer Ghetto müsse bis zum 15.Februar vernichtet werden. Am 18.Februar wird das Ghetto abgeriegelt, und die zweite große Vernichtungsaktion soll beginnen. Doch diesmal haben die Deutschen nicht so ein leichtes Spiel. Obwohl die Aktion für die ŻOB überraschend kam, verbarrikadierten sich vier Kampfgruppen und leisteten zum ersten Mal bewaffneten Widerstand. Damit hatten die Deutschen nun überhaupt nicht gerechnet, waren verunsichert und brachen die Verschleppung vorerst ab. Das Geschehen fand unter der jüdischen Bevölkerung ein gewaltiges Echo. Zum ersten Mal gewinnen sie die Überzeugung, daß es möglich ist, trotz der deutschen Stärke, etwas gegen die Vernichtung zu unternehmen.
Die ŻOB weiß nun, daß das Ende des Ghettos unmittelbar bevorsteht und arbeitet fieberhaft an der Organisierung des Widerstands. Sie hat nun im Ghetto die ungeteilte Macht. Der von den Deutschen eingesetzte "Judenrat" hat nichts mehr zu sagen. Es kommt zu kleineren Aktionen der ŻOB, besonders gegen Spitzel und Handlanger der Nazis. Trotz aller Schwierigkeiten gelangen z.B. 2000 Liter Benzin ins Ghetto. Die Kampfgruppen, etwa 220 Leute, werden auf 4 Gebiete verteilt. Auf jeden Kämpfer entfallen durchschnittlich eine Pistole (10-15



Patronen), 4-5 Granaten und 4-5 Brandflaschen, auf jedes Gebiet 2-3 Gewehre. Im gesammten Ghetto gibt es nur eine Maschinenpistole. Desweiteren beginnt ein fieberhaftes Bauen von Bunkern und Verstecken, um die nichtkämpfenden Menschen in Sicherheit zu bringen. Nahezu das ganze Ghetto ist an den Arbeiten beteiligt. Der Überlebenswille ist groß.

Die Deutschen beschließen das Warschauer Ghetto um jeden Preis zu liquidieren. Am 19.April 1943 marschieren schwerbewaffnete SS-Truppen und deutsche Militärpolizei mit 5 Panzern ins Ghetto ein. Durch Melder sind die Kampfgruppen schon alarmiert und auf ihrem Posten. Bald darauf werden die Deutschen in heftige Straßenkämpfe verwickelt, wobei auch zwei Panzer ausbrennen. Trotz ihrer Übermacht müssen sich die Nazis nachmittags unter Verlusten aus dem Ghetto zurückziehen. Auf den Häusern wehen Fahnen. Eine hat die Aufschrift: "Wir werden bis zum Schluß kämpfen". Am nächsten Tag kommen sie wieder. Bei der Bürstenmacherfabrik sterben viele SS-Leute, als sie auf eine selbstgebastelte Mine kommen. Erst zwei Stunden später versuchen sie es abermals erfolglos. Irgendwann kommen drei Offiziere mit weißen Binden und wollen einen Waffenstillstand zum Wegbringen der Verwundeten aushandeln. Sie werden durch Schüsse vertrieben. Als die Deutschen feststellen, daß sie durch einfachen Straßenkampf die jüdischen KämpferInnen nicht bezwingen können, fangen sie an, die Häuser in Brand zu setzen und aus der Luft zu bombardieren. Das Feuer frißt sich durch die Gebäude, unzählige Menschen kommen dabei ums Leben, doch der Widerstand hält an. So gehen die Tage dahin. "Oben" wird das Ghetto von den Flammen zerfressen, "unten" sitzen die Menschen in den Bunkern, manchmal zu Hunderten. Kämpfe und Gefechte finden jetzt hauptsächlich in der Nacht statt. Am Abend des 1. Mai gibt es irgendwo im Ghetto einen Appell, auch die "Internationale" wird gesungen. In der Nacht vom 3. zum 4. Mai jagten in deutschen Uniformen gekleidete Trupps von GhettokämpferInnen die nächtlichen Patrouillen der Deutschen.

Die Lage der KämpferInnen wird immer schwieriger, es fehlt an Lebensmitteln und Munition. Die Deutschen versuchen jetzt mit Hilfe von Horchgeräten und Polizeihunden alle Verstecke von Juden aufzuspüren. Eine Geschichte dazu wird erzählt, daß, als die Deutschen einen Bunkereingang entdeckt hatten, ein 13jähriger Jude sich in die Öffnung zwängt, wissend, daß er erschossen wird. Doch die Deutschen brauchen so lange, seinen leblosen Körper aus der Öffnung zu ziehen. In der Zwischenzeit sind alle anderen durch einen Notausgang entkommen. Am 8.Mai wird das Hauptkommando der ZOB in der Milastaße entdeckt. Als es den Deutschen mit ihren ukrainischen Hilfstruppen nicht gelingt, im Kampf den Bunker zu nehmen, lassen sie Giftgas hinein. Doch keiner fällt den Deutschen lebend in die Hände. Wer nicht durch das Gas umkommt, begeht Selbstmord. Hier stirbt auch der Anführer der ZOB Mordechai Anielewicz, gerade mal 24 Jahre alt. Mit diesem Ereignis war der Hauptwiderstand eigentlich schon gebrochen, die meisten Menschen darin getötet oder gefangen genommen und deportiert und das Ghetto in Schutt und Asche gelegt. Einige Wenige konnten durch die Kanalisation flüchten. Dennoch



gab es bis zum Sommer 1943 vereinzelte kleine Gruppen, die noch Widerstand leisteten. Von denen noch im April verbliebenen ca. 50000 Juden im Ghetto, gab es nur noch ein paar, die sich in den Ruinen versteckt hielten, der Rest war getötet oder auf der Todesfahrt nach Treblinka.

Über das Warschauer Ghetto sind viele Bücher erschienen. Einige möchten wir euch empfehlen:

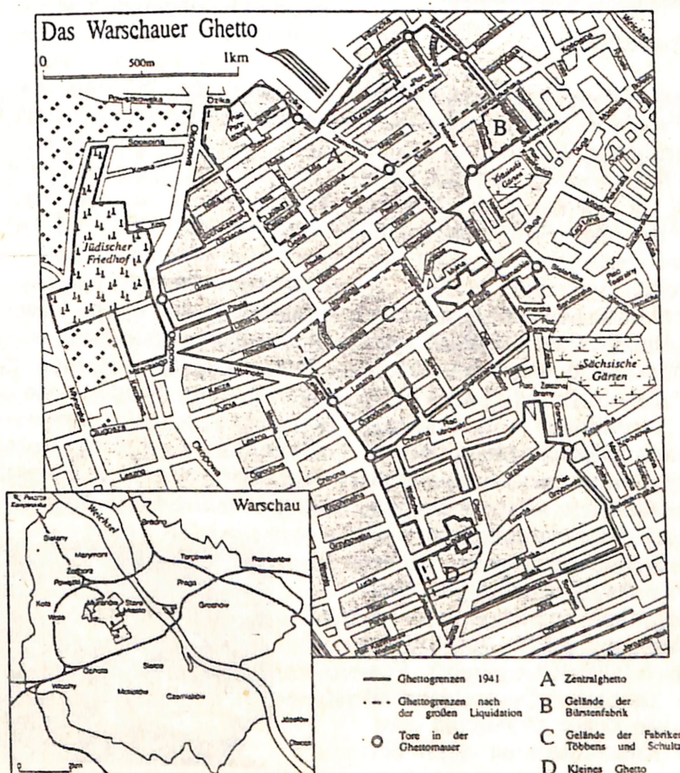
"Das Ghetto kämpft "- von Marck Edelmann

M. Edelmann war ein führendes Mitglied der ZOB und schrieb dieses Buch kurz nach der Befreiung. In deutscher Sprache erschien es im Harald-Kater-Verlag/Berlin.

"Revolte gegen die Vernichtung"- von Reuben Ainsztein, sehr ausführlich mit vielen Fakten und Zahlen, erschienen im Schwarzen Risse Verlag /Berlin

"Mila 18" von Leon Uri, ein Roman über die Ereignisse im Warschauer Ghetto und dem Aufstand. Sehr, sehr spannende Lektüre aus dem Heyne-Verlag

"Die Insel in der Vogelstraße" von Uri Orlev Ein Kinderbuch, was das Überleben eines Jungen in einer Ruine im Ghetto beschreibt, auch sehr interessant. Erschienen auch schon zu Ostzeiten im Kinderbuchverlag Berlin, gibt es jetzt im Handel bei ro ro ro.



Ein kleiner Abriß zum Film "Glaube, Liebe, Hoffnung"

Gleich zum Anfang - HOFFENTLICH bekommt Andre Rother seine 500 DM (siehe Zeitungsartikel) wieder. Wie kann mensch nur einen Jugendlichen, der nur einen einzige wahren Freund, seinen Wellensittig "Gerri" hat, um seine wohlverdiente Gage bringen.



Andre Rother

Andre R., dessen Eltern Staatsbedienstete sind, und sie, "wenn es ein Gesetz geben würde, das vorschreibt, daß man um zehn im Bett zu sein hat, sie schon um halb acht im Bett liegen", ist wie die zwei anderen Jugendlichen, die der Film beschreibt, "Ausdruck einer verlorenen Jugend", so Regisseur A. Voigt.

Alle drei haben Gründe, warum sie in ihrem Denken und Handeln so "radikal" geworden sind. Oder steckt Andre R. wirklich nur "aus Spaß" die Ausländer ins Gas oder Zecken als Feuerholz benutzend, eingepackt in eine 3-Akkord-Musik, handgespielt auf der Gitarre (müßte eigentlich schon reichen, für eine Anzeige wegen Volksverhetzung). Oder nehmen wir Dirk Zimmermann, angeklagt wegen eines Überfalls auf ein Asylbewerberlager, das wie er selber sagt "im Grunde genommen Blödsinn war, sich mit 60-70 Ausländern anzulegen" (welch eine Übermacht). Für ihn, der für ein "sauberes" Deutschland in allen Bereichen wie Kultur, Wirtschaft usw. eintritt, hat der Knastaufenthalt auch ein Gutes gehabt - "er ist im Knast hart geworden". Er kämpft für seine Sache in "Bomberjacke, einer österreichischen Militärhose und 20-Loch Schnürstiefeln". Und wenn er es nicht schafft, da "war er halt zu schwach", "fressen und gefressen werden".



Dirk Zimmermann

Papa ist hingegen nun wieder ganz anders. Früher Links (was immer das auch heißen mag) und dann "aus persönlichen Gründen" mal bißchen die Definition für sein Leben gewechselt, halt Rechts. Und dort kam ihm die Erleuchtung seines Lebens: "Na halt, hab ich mir gesagt. Warum rennst du hier mit?". Na warum denn???

Jetzt ist er Wachmann bei einer Wach- und Schließgesellschaft, hockt in Wohncontainern und hört klassische Wach-Musik. Gelegentlich "haut er Rassisten paar vor die Glocke" oder schüttelt ihnen die Hände und vergißt sie loszulassen. Voraussetzung dafür: entweder er kennt sie oder er kennt sie nicht. Trotzdem ist Papa sehr allein, obwohl er ziemlich viele Leute kennen müßte, Links, Rechts, Links.



Papa

Genau so geht es Janine, der Freundin von Dirk Z.. "Früher haben wir viel gemeinsam gemacht. Jetzt kommt nur noch gelegentlich jemand vorbei (in unsere schöne Wohnung mit Adolf Hitler an der Wand)." Feine Kameraden, was?

Zum Schluß - Liebe Besucher des Films, die die drei Jugendlichen kennen sollten, falls ihr einen von ihnen in Leipzig sehen solltet, teilt ihnen euer Mitgefühl mit, umarmt sie kräftig. Aber Vorsicht vor dem Lockenkopf mit feisten Gesicht (A. Matijaschtschuk) ! "Seitdem ich denken kann, steckt die Gewalt in mir", sagte er mit Schlangenblick.

"Die Jugend heute, zwischen Gewalt und Aggressionen, Hoffnung und Träume. Szenen aus Deutschland." Kreuzer

P.S. Schönen Gruß an die Abrißarbeiter aus dem Film mit ihrem genialen 3 Fragen-3 Antworten - Spiel.

"Was macht ihr da?

Kaputtmachen.

Was wird hier gebaut?

Gewerbegebiet.

Was macht ihr danach?"

Schulterzucken.

Sportnotizen:

Vermummte prügelten rechten Darsteller vor Grassi-Kino nieder

Eklat bei Premiere des Films „Glaube, Liebe, Hoffnung"

Leipzig (EB/tv). Es war ein Film über Radikale in Leipzig – und es begann mit Radikalen in Leipzig: Bei der Uraufführung des Dokumentarfilmes „Glaube, Liebe, Hoffnung" am Montagabend im Grassimuseum ist einer der Rechtsradikale André Rother, der in dem Film befragt wird, überfallen, verletzt und ausgeraubt worden. Rother war mit zehn bis 15 Bekannten aus seiner Szene zum Grassi gekommen, um der Premiere beizuwohnen.

Im Film begleitete Regisseur Andreas Voigt mehrere Radikale – linke wie rechte – mit der Kamera. Unter anderem auch den 23jährigen Rother, der in einem Interview antisemitische Äußerungen macht. Rother hatte der Veröffentlichung des Filmes zugestimmt.

Kurz vor 20 Uhr trieben nach Polizeiangaben 20 bis 30 Vermummte die Freunde von Rother vor dem Grassimuseum auseinander. Zielstrebig seien sie auf den 23jährigen zugegangen, sagte ein Polizeisprecher. Die Vermummten verprügelten Rother und stahlen ihm seine Geldbörse mit 500 Mark. Rother selbst rechnet die Täter der linken Szene zu.

Die Gewaltbereitschaft zwischen Leipziger Radikalen ist Thema des Filmes.

Pressespiegel

Früheres FAP-Mitglied schoß auf Aussiedler-Haus

Duisburg (rtr). Ein früheres Mitglied der rechtsextremen FAP hat in der Nacht zu gestern mit Signalmunition auf ein Wohnhaus für Aussiedler in Duisburg geschossen. Wie die Polizei am Abend mitteilte, habe der Täter einen ausländerfeindlichen Hintergrund geleugnet. Das Geschoß, das im sechsten Stock des Hauses einen Zimmerbrand verursacht hatte, sei beim Hantieren mit dem Abschußgerät aus Versehen losgegangen.

Vorwurf der Volksverhetzung

Urteil gegen Chef der NPD aufgehoben

Karlsruhe (AP). Der Bundesgerichtshof hat die Verurteilung des NPD-Vorsitzenden Günter Deckert wegen einer Veranstaltung mit dem US-„Hinrichtungsspezialisten" Fred Leuchter gestern aufgehoben. Das Landgericht Mannheim muß jetzt nochmals prüfen, ob sich Deckert strafbar machte, als er im November 1991 einen Vortrag mit Leuchter in Weinheim organisierte und ins Deutsche übersetzte. Leuchter bestreitet den Massenmord der Nationalsozialisten in Konzentrationslagern.

Deckert war im November 1992 wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer einjährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Gegen das Urteil hatten sowohl der Angeklagte als auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

Daten über Ausländer per

Zentralregister bekommt Gesetzesgrundlage /

Bonn (AP). Das seit 1953 bestehende Ausländerzentralregister soll jetzt auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Das Bundeskabinett beschloß gestern einen entsprechenden Gesetzentwurf. Er soll heute im Bundestag in erster Lesung behandelt werden. Neu gegenüber der bisherigen Praxis sind vor allem erweiterte Möglichkeiten der direkten Abfrage des Registers per Computer durch Ausländerbehörden, Polizei und Justiz, aber auch Geheimdienste.

Innenminister Manfred Kanther (CDU) erklärte, der Kabinettsbeschluß bedeute einen weiteren Beitrag zur inneren Sicherheit. Das neue Gesetz ermögliche die schnelle Identifizierung von Ausländern, die sich illegal in Deutschland aufhalten. Außerdem trage das Register zu „schnellen und sach-

Brutaler Schläger von Straßenbahn-Überfall gesucht

Die Polizei fahndet jetzt nach einem Jugendlichen, der am 23. Januar in einer Straßenbahn an der Haltestelle Karl-Liebknecht-Straße/Hohe Straße ein 16jähriges Mädchen brutal zusammengeschlagen haben soll (LVZ berichtete). Der Täter ist etwa 16 bis 20 Jahre alt, 1,70 Meter groß und untersetzt. Zur Tatzeit trug er eine schwarze Bomberjacke und bordeauxfarbene Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln. Der Skinhead soll in der Nacht zum 23. Januar mit drei weiteren Jugendlichen, bewaffnet mit Schlagringen und Messern, in den Triebwagen der Linie 11 gesprungen sein. Die Täter fielen über drei Jungen und ein Mädchen her. Der 16jährigen wurden mit Steinen und Messern schwere Verletzungen zugefügt.



Das Phantombild des vermutlichen Täters.

Der Skin-Überfall sorgte für besonders große Entrüstung: Der Straßenbahnfahrer hatte während des brutalen Angriffs weggeschaut und den Notruf nicht betätigt.

Rechtsextreme nach Überfall festgenommen

Dresden (AP). In Sachsen sind 15 Rechtsextremisten festgenommen worden, die einen Jugendklub in Flößberg überfallen und dort elf Besucher zum Teil schwer verletzt haben sollen. Das sächsische Landeskriminalamt teilte gestern in Dresden mit, die Gewalttäter hätten bei dem Überfall am Sonnabend wahllos mit Baseballschlägern, Gummiknüppeln und schwerem Schlagwerkzeug auf Gäste eingeprügelt. Die LKA-Sonderkommission Rechtsextremismus und Polizeikräfte des Landkreises Grimma hätten die 15 Tatverdächtigen festgenommen. Gegen fünf von ihnen sei schon Haftbefehl ergangen. Die 18- bis 26jährigen Gewalttäter hätten angenommen, daß die Besucher des Jugendklubs der linken Szene angehören.

Computer abfragbar

Abschiebung Illegaler einfacher

gerechten" Entscheidungen über die Frage bei, ob einem Ausländer die Einreise oder der Aufenthalt gestattet werden könne.

Kanther betonte, zur effektiven Bekämpfung der Schleuserkriminalität gehöre nicht nur die ständige Verbesserung der Grenzsicherheit, sondern auch eine konsequente Abschiebung von Personen, die sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten.

Bücher:



Erika Mann
Zehn Millionen Kinder
Die Erziehung im Dritten Reich

1938 erschien dieses Buch erstmals in den USA unter dem Titel "School for Barbarians". Erika Mann wagte damals schon eine Analyse der Bildung und Erziehung Jugendlicher im Dritten Reich. Sie tat es in einer Zeit, in der viele die Entwicklung, die Deutschland nahm, nicht sehen wollten oder verleugneten. Dieses Buch weist nach, wie Begeisterungsfähigkeit, Unwissenheit und leichtgläubiges Vertrauen der Heranwachsenden gegen ihre objektiven Interessen mißbraucht wurden.
Jene Jugendliche, die 1937 "Nach Moskau wollen wir hinein" (aus einem Liederbuch der HJ) sangen und 1941-1945 bei Stalingrad, Kursk, Berlin ihr Leben ließen, diese Jugendlichen beschreibt Erika Mann. Wie sie Feindbilder und Bedrohungslegenden vorgesetzt bekamen, um geistig und physisch auf den Krieg vorbereitet zu werden. Erika Manns Hoffnungen, im Buchtext wiederholt ausgesprochen, daß auf die Erziehung zum Kriege der Krieg nicht wirklich folgen werde, erfüllten sich nicht.
Dieses Buch zeigt auch erschreckende Paralellen zur FDJ, GST und Pionierorganisation der ehemaligen DDR. Wer erinnert sich nicht an Wehrlager, ZV-Unterricht...
Diesen Vorgang, die Jugend so zu manipulieren, um sie in die nationalsozialistischen Herrschaftspläne zu integrieren, belegt Erika Mann mit eindringlichen Schilderungen und beklemmenden Fakten. Sie deckt Macht und Manipulationsmechanismen auf, die auch heute noch von bestürzender Aktualität sind.

Leon Uris
Exodus 1959
Kindler Verlag, München

Dieses Buch beschreibt in romanhafter Form ein geschichtliches Ereignis, was wirklich so stattgefunden hat. Es schildert die Hoffnung und Verzweiflung der Überlebenden des Holocaust auf der Flucht aus Europa ins gelobte Land Palästina. Hunderttausende mußten ihre letzten Habseligkeiten verkaufen, um sich auf einem der wenigen und völlig überfüllten Seelenverkäufer in Richtung Palästina einzuschiffen. Doch dies wird ihnen wieder einmal verwehrt, und viele finden sich in Internierungslagern in Zypern wieder. Es wird ihnen erneut ein Freiheitskampf aufgezwungen, aber diesmal für einen jüdischen Staat.

DER RAUM

An- & Verkauf von

Ecke Wolfgang-Heinze-Straße / Auerbachstraße , 04277 LEIPZIG
zu erreichen mit Straßenbahnlinie 28



Antiquitäten
Bücher
Kleidung
Tonträger
Spielzeug
Kuriosa

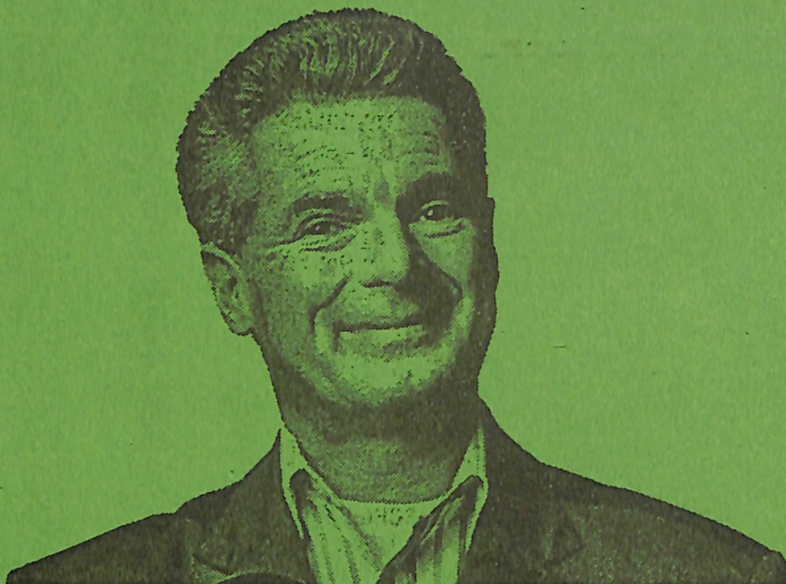


Der kürzeste Weg zum Endverbraucher

SKATERS
Little Sisters
against FASCISM

Little Sisters
Skateshop
Koburger Str.3
04277 Leipzig

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
16-21 Uhr
Sonntag
14-18 Uhr



WENN DER GROSCHEN FÄLLT.

Offenes
Antifaschistisches
Plenum

wöchentlich Sonntags ab 16 Uhr
in der W[illegible] ...schaft in der S[illegible]

Das Plenum findet vorübergehend im Zoro-Cafe statt !